



Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 2. April 2025

Antrags-Nr. 25-F-02-0002

Sicherheitslücken schließen - bessere Schutzmaßnahmen für Wiesbaden

- Antrag der CDU-Fraktion vom 26.03.2025 -

- Aktualisierter Antragstext der CDU-Fraktion vom 02.04.2025 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden muss gezielt in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger investieren - insbesondere bei Großveranstaltungen und in stark frequentierten Bereichen. Steigende Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit erfordern vorausschauende Planung und konsequente Maßnahmen. Während andere Städte längst gehandelt haben, lässt die Landeshauptstadt Wiesbaden wertvolle Zeit verstreichen. Ein umfassender Sicherheitsansatz berücksichtigt nicht nur die Präsenz von Ordnungskräften, sondern auch bauliche Maßnahmen, die Risiken minimieren. Dazu gehören unter anderem klar definierte Schutzbereiche, eine verbesserte Infrastruktur zur Zugangskontrolle und gezielte Präventionsangebote.

Der einstimmige Beschluss des Seniorenbeirats zur Ausweitung der Waffenverbotszone zeigt, dass hier fraktionsübergreifende Einigkeit herrscht und dringender Handlungsbedarf besteht. Die Ereignisse rund um den Fastnachtsumzug haben zudem verdeutlicht, dass Wiesbaden noch immer kein tragfähiges Sicherheitskonzept hat. Die kurzfristige Anschaffung von 30 zertifizierten, mobilen Pollern war eine Notlösung. Für zukünftige Veranstaltungen braucht es eine verbindliche, nachhaltige Lösung, sonst besteht die Gefahr, dass Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen abgesagt werden müssen, wie dies jüngst beim Rosenmontagszug oder dem Kirschblütenfest in Marburg geschehen ist.

Ziel muss es sein, Wiesbaden als lebenswerte und sichere Stadt weiterzuentwickeln und die Voraussetzungen für unbeschwerte Veranstaltungen und einen geschützten Raum zu schaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Wiesbaden zu ergreifen.

Konkret soll

- 1.) die Waffenverbotszone ausgeweitet werden.
 - a. In die Sicherheitskonzepte für Großveranstaltungen, wie das Weinfest und den Sternschnuppenmarkt, wird die Einrichtung von temporären Waffenverbotszonen aufgenommen.
 - b. Der einstimmige Beschluss des Seniorenbeirats vom 18. Dezember 2024 (25-R-32-0001) zur Ausweitung der bestehenden Waffenverbotszone auf die Reisingeranlage, den Warmen Damm und das historische Fünfeck wird umgesetzt.
 - c. Mit dem Umbau der Wellritzstraße zur Fußgängerzone wird die Waffenverbotszone zudem auf die gesamte Wellritzstraße ausgeweitet.
- 2.) ein umfassendes Sicherheitskonzept für Zufahrtssperren bei Veranstaltungen spätestens bis zum Weinfest erarbeitet und präsentiert werden.

- 3.) aufgrund der Erweiterung der Waffenverbotszone durch das Land Hessen auf den ÖPNV die Ausweitung von Videoschutzanlagen an stark frequentierten Bushaltestellen (z.B. Luisenplatz, Kirchgasse) geprüft werden.
 - 4.) die Stadtpolizei endlich mit Pfefferspraypistolen ausgerüstet werden.
 - 5.) eine Richtlinie erarbeitet werden, dass bei allen Großveranstaltungen in Wiesbaden die bereits beim Theatrium bewährten Safe-Spaces und Awareness-Teams eingesetzt werden. Die hierzu erforderlichen Haushaltsmittel werden für den Haushalt 2026 als Mehrbedarfe angemeldet. Sollten diese nicht zugesetzt werden, sind diese aus den Mitteln des Dezernats zu decken.
-

Der Antragstext wird durch die CDU-Fraktion wie folgt geändert:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

An den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird appelliert, umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Wiesbaden zu ergreifen.

Der restliche Antragstext bleibt unverändert.

Beschluss Nr. 0102

Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2025

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2025

Dezernat I, IV und V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

in Vertretung
Christiane Hinnerger
Bürgermeisterin